Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

14 (18.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 14 | Montag, den 18. Januar 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die deutsche Delegation für die Abrüstungskonferenz ist ernannt worden, die in Abwesenheit des Reichskanzlers vom Botschafter Radolny geführt wird.

*

Die Präsidenten des „Oekumenischen Rates für praktisches Christentum" mahnen in einem Aufruf die Staatsmänner an die Verantwortung, die besonders im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz auf ihnen ruht.

*

Die hier und da wieder auftauchenden Gerüchte von bevorstehenden Devalvationsmaßnahmen werden von Reichsregierung und Reichsbank als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

*

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine Uebernahme von Ausfallbürgschaften im Rußlandgeschäft infolge der sehr starken Inanspruchnahme der Garantiemittel einstweilen unmöglich.

*

In dem Beleidigungsprozeß Stennes gegen Hitler wurde der Mitangeklagte Dr. Lippert zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, während Hitler freigesprochen wurde.

*

Der in Berlin wegen Falschmünzerei verhaftete Rechtswissenschaftler Salaban hat bereits 1924 in Hamburg umfangreiche Betrügereien begangen.

*

Der Reichskriegerbund Kyffhäuser veranstaltete aus Anlaß des Reichsgründungstages im Sportpalast eine deutsche Weihestunde. Es wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Kriegsschuldlüge und für Gleichberechtigung in der Wehrfrage ausspricht.

*

Bei einer Kundgebung der Deutschen Volkspartei gegen die Kriegsschuldlüge sprach Dr. Schlenker. Das Gebot der Stunde sei, daß neben den Nationalsozialismus eine Bewegung trete, die als starker nationaler Block alle Parteien umfasse, die sich zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten befänden. Der Redner forderte den Rücktritt des Kabinetts Brüning, um wieder den Weg zum Vater des Vaterlandes, Hindenburg, freizumachen.

*

General Honjo erklärte in einer Ansprache an die japanischen Truppen, daß der Kampf noch nicht beendet sei und die japanische Armee noch weitermarschieren werde.

*

Amtliche japanische Stellen erklären gegenüber der chinesischen Forderung der Anwendung des § 16 des Völkerbundspaktes, daß Japan in diesem Falle aus dem Völkerbund austreten werde.

*

Graf Bethlen sagte vor seiner Abreise von Rom, sein jetziger Aufenthalt in Rom sei ein deutliches Dementi, daß keine Veränderung in der ungarischen Regierungspolitik stattgefunden habe, die auf der Grundlage einer aufrichtigen Freundschaft mit dem faszistischen Italien ruhe.

*

Als Einleitung zu den Wahlen an den Berliner Hochschulen veranstaltete der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund Berlin am Sonntag abend eine große Kundgebung, in der Adolf Hitler sprach.

*

Der Finanzausschuß des Völkerbundes hat am Sonntag den abschließenden Bericht über das neue Sanierungsprogramm Oesterreichs angenommen. In den Verhandlungen des Ausschusses hat der österreichische Bundeskanzler ausdrücklich erklärt, daß die österreichische Regierung am Goldstandard festhalten wolle.

Eisenbahnunglück bei Paris

T.U. Paris, 18. Jan. Auf der Strecke Paris-Amiens, etwa 80 Kilometer von der französischen Hauptstadt entfernt, ereignete sich in den späten Abendstunden des Sonntags ein schweres Eisenbahnunglück, das bis zur Stunde 10 Tote und etwa 20 Schwerverletzte gefordert hat. Die Ursache des Unglücks steht noch nicht fest, man glaubt aber, daß sie auf einen Weichenbruch zurückzuführen ist. Es ist damit zu rechnen, daß eine ganze Anzahl der Verletzten nicht mit dem Leben davonkommt.

Die Falle von Lausanne

Von Dr. Adolf Scheffbuch, Stuttgart

Die bevorstehende Abreise der deutschen Abordnung nach Lausanne lenkt schon heute die Aufmerksamkeit ungezählter Menschen auf die kommenden schicksalsschweren Tributverhandlungen. Berechnungen werden angestellt, Hoffnungen werden ausgesprochen, Ziele werden aufgerichtet und Wege festgelegt. Aber es werden auch Netze gespannt und Fallen gestellt. Es wird bereits im Trüben gestochert und lockender Köder zubereitet. Man hofft auf feindlicher Seite, das unbändige deutsche Wild doch noch lebend einzufangen.

Als der deutsche Reichskanzler dem englischen Botschafter Sir Horace Rumbold am 8. Januar die eindeutige Mitteilung vom „Ende der Reparationen" machte, fühlte sich in Deutschland manche Brust von einem drückenden Alp befreit, hatten „Wahrheit und Klarheit" über „Taktik" gesiegt. „Am Rande des Zusammenbruchs" war „ein Spielraum für andere Ueberlegungen überhaupt nicht mehr gegeben" (Dr. Brüning). Und doch besteht dringende Veranlassung, das freudig bewegte deutsche Volk darauf hinzuweisen, daß noch keine Schlacht gewonnen ist, sondern daß vielmehr mit dieser Erklärung des Herrn Reichskanzlers erst das Signal gegeben ist zum entscheidenden Ringen, dessen Ausgang noch völlig im Dunkeln ist. Es steht die ernste Frage vor uns auf, ob Volk und Regierung für die Entscheidung moralisch gerüstet sind, bereit zum Kampf, bereit zum Aushalten trotz neuer Schikane, bereit zum letzten Risiko. Nur allzu oft ist der Fanfare bisher eine Schamade gefolgt.

Frankreich ist gerüstet. Vom Militärischen ganz abgesehen; Frankreich geht publizistisch und diplomatisch bestens vorbereitet in den Kampf. Bei der Unsicherheit seiner Bundesgenossen sucht es wohl einen Entscheidungskampf in offener Feldschlacht um jeden Preis zu vermeiden. Statt dessen soll ein Ränkespiel beginnen.

Gebrauchen wir zwei Bilder. Deutschland gleicht dem Fisch im kleinen Tümpel, dessen Wasser täglich mehr vertrocknet. Er will dem sicheren Tod entfliehen und strebt dem Ausgang zu. Der Fischer aber will ihn lebend fangen, was nützt ihm der Kadaver. Er öffnet den Abzugskanal und gibt dem Wasser Strömung. Doch nicht ins Freie führt der Weg; er führt ins längst gespannte Netz. — Dem Edelwild gleicht Deutschland, das der Hunger treibt, die enge Umfriedung zu durchbrechen. Wie schädigt es den Zaun, wie blutet es aus tausend Wunden! Man öffnet ihm ein Tor... Doch nicht ins Freie führt der Weg, sind doch die Schlingen längst gelegt, die Fallen schon gestellt.

Nicht umsonst verhandelt Frankreich seit Wochen in zähem Bemühen mit Leith-Roß, dem englischen Finanzsachverständigen. Mit wachsender Sorge sieht es, wie Deutschland verzweifelt an den „geheiligten Verträgen" rüttelt, an jenen Um„fried"ungen, die zum deutschen „Friedhof" werden sollen. Die Beseitigung der Bindungen und Schranken — so heißt es in Frankreich — töte das Vertrauen und vermehre damit das Uebel. Als ob die Aufrichtung der Schranken ein Ausfluß von Vertrauen war!

Man wird uns in Lausanne ein Pförtlein öffnen. Man wird uns die bedingten (geschützten) Zahlungen erlassen — unter der Bedingung, daß Amerika das „Te absolvo", das „Los von allen Schulden" spricht. Doch die Schlingen sind schon gelegt. Die Wirklichkeit sorgt von selbst dafür, daß aus diesem „bedingten Fall" eine „unbedingte Falle" wird.

Man will uns lebend fangen, was nützt ihnen ein Kadaver. Obwohl die jährlichen Youngzahlungen selbst nur die Zinsen unserer 34 Milliarden Goldmark betragenden Tributschuld darstellen, kann Deutschland nicht einmal ein Drittel dieser Zinsen zahlen, nicht einmal jene 660 Millionen RM., auf die man „unbedingt" gerechnet hatte als Taschengeld zur Erhöhung des eigenen Lebensgenusses. Handelte es sich bei der Losung des Krieges „L'ennemi payera tout" nicht um „geheiligte Hoffnungen"? — Nein, Frankreich wird nie und nimmer verzichten, wohl aber — stunden, sofern es nur Zinsen von diesen Zinsen erhält.

Um Nebensachen scheint es sich bei diesem Geplänkel zu handeln. Es geht aber um die Hauptsache: um Einstellung oder Fortsetzung der politischen Zahlungen, um die Anerkennung des Youngplanes oder um seine Beseitigung. Nicht wie es uns im Augenblick trifft, sondern wie es auf die Zukunft gesehen wirken muß, darauf kommt es an. Wollen wir das papierene Kreditgebäude politischer Verpflichtungen und Ansprüche weiter in die Höhe türmen, obwohl die Kreditunterlage, der deutsche Wohlstand, längst geborsten ist? Wollen wir den für Tributzwecke aufgenommenen 12 Milliarden RM. Auslandsschulden neue Schuldscheine hinzufügen? Hat sich nicht der Wert dieser Schulden infolge des Preissturzes (nach den Feststellungen des „Beratenden Sonderausschusses" in Basel) binnen kurzem um 4,8 Milliarden RM. erhöht? Hat nicht Deutschland damit eine zusätzliche Tributleistung von drückendster Schwere auf sich genommen? Droht nicht Frankreich in diesen Tagen mit Abzug von Rediskontkrediten, deren Verlust (insgesamt 650 Millionen RM.) unseren Gold- und Devisenbestand auf 500 Millionen RM. herabmindern und uns damit kampfunfähig machen soll?

Es bleibt uns dagegen nur noch eine zugkräftige Waffe. Man hat dies bei Annahme des Dawesplanes selbst auf Regierungsseite mit Nachdruck betont. Auch wir haben Trümpfe in der Hand bezw. können Schach bieten. Das neutrale wie das ehemals feindliche Ausland hat Geld bei uns stehen. Gleich einem Geschäftsmann, über dem ein Vergleichsverfahren schwebt, sollten wir nicht zögern, die Befriedigung jeder ausländischen Forderung so lange zu verweigern, bis eine Abmachung zustande gekommen ist, die unser Weiterleben sichert. Wir müssen der Welt klarmachen, daß auch sie an Deutschland interessiert ist und daran, was sich in diesen Tagen mit ihm entscheidet. Der 25. Januar wird zum „Allgemeinen Prüfungstermin" über die Berechtigung der angemeldeten Gläubigerforderungen. Es ist Sache des Schuldners und seiner Vertrauensleute, das den Tributen zugrunde liegende Rechtsgeschäft, die Versailler Unterschrift, anzufechten, aus der Unmöglichkeit des Youngplanes seine Nichtigkeit herzuleiten und sich so selbst den Weg zu bahnen, der zur Freiheit führt.

*

Für Vertagung der Reparationskonferenz

Eine halbamtliche französische Stimme

Paris, 16. Jan. In einem offensichtlich inspirierten Artikel wirft der Außenpolitiker des „Petit Parisien" die Frage auf, **ob es nützlich sei, die Lausanner Reparationskonferenz überhaupt abzuhalten.** Der Erfolg dieser Konferenz hänge von dem Erfolge der **Verhandlungen zwischen London und Paris ab.** Man halte es französischerseits für unmöglich, dem deutschen Schuldner Reparationsnachlaß zu gewähren, ohne vorher von dem amerikanischen Gläubiger eine entsprechende Zusage erhalten zu haben. Obwohl sich in England eine gewisse Tendenz im Sinne der französischen These bemerkbar zu machen scheine, blieben die **Meinungsverschiedenheiten außerordentlich groß.** Die Zeit bis zum Konferenzbeginn sei so kurz, daß eine vorherige Verständigung sich als unwahrscheinlich herausstelle.

Dr. **Brüning** werde in Lausanne seine Haltung nicht fühlbar ändern und seine Stellungnahme werde immer darauf hinauslaufen, daß **Deutschlnad nicht mehr zahle. Der Vertreter Frankreichs könnte eine derartige Erklärung nicht mit anhören, ohne zu redigieren, und das würde die deutsch-französischen Beziehungen nicht gerade verbessern.** Statt der gewünschten Entspannung laufe man also Gefahr, nur eine Verschärfung der gegenwärtigen Lage herbeizuführen, und das am Vorabend der Abrüstungskonferenz, die an sich schon genügend Gründe zu Meinungsverschiedenheiten bieten werde. **Es wäre also vielleicht vorteilhaft, die Lausanner Konferenz zu vertagen und die Zeit bis zum 1. Juli dazu zu benutzen, um über das äußerst verwickelte Reparations- und Schuldenproblem ein Verständigungsterrain mit England zu suchen und zu finden.**

Uebergangslösung der Reparationsfrage

Berlin, 16. Jan. Die dieser Tage in der angelsächsischen Presse erkenntlich gewordene Tendenz der bereits von den englischen Wirtschaftssachverständigen Keynes und Layton vertretenen Auffassung, daß die Aufgabe der Lausanner Konferenz über die **Schaffung einer Uebergangslösung in der Reparationsfrage** nicht hinausgehen könne, scheint Boden zu gewinnen.

So schreibt die „Times": In England sei man sich in der Tat darüber klar geworden, daß **eine endgültige Streichung der Reparationszahlungen nicht vernünftig erscheine, solange noch eine Verpflichtung zur Zahlung von Kriegsschulden bestehe.** Wenn sich in Lausanne herausstellen sollte, daß eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen gegenwärtig nicht möglich sei, so würde es am besten sein, eine kurze Verlängerung des Reparationsmoratoriums zu beschließen und die feste Zusicherung aller Teilnehmer zu erreichen, daß sie während dieses Jahres wieder zusammenkommen wollten, um eine dauernde Lösung zu finden.

„Neuyork Times" sagt, daß man in **amerikanischen Bankkreisen** glaube, die Lausanner Konferenz werde sich darauf beschränken müssen, **eine kurze, vorläufige Regelung zu treffen.** Es werde bezweifelt, daß Deutschland die Annahme einer solchen vorläufigen Regelung vermeiden könne.

*

Keine Bindungen Englands für Lausanne

London, 16. Jan. Der politische Korrespondent des „News Chronicle" weiß zu melden, daß die **englische Delegation nicht mit gebundener Marschroute nach Lausanne gehen werde.** Ihre Instruktionen würden sich darauf beschränken, daß sie einen Mißerfolg der Konferenz vermeiden solle. Genauere Anweisungen würden Gegenstand von Telegrammen und Kabinettsbeschlüssen während der Tagung der Konferenz sein.

*

Zur Unterredung Laval-von Hoesch

T.U. **Paris**, 16. Jan. Wie in gut informierten Kreisen verlautet, hat der deutsche Botschafter von Hoesch dem Ministerpräsidenten und Außenminister Laval in der Unterredung am Samstag noch einmal den Standpunkt der Reichsregierung zur Tributfrage dargelegt, da Laval zuverlässige und ins Einzelne gehende Grundlagen für seine Kammerrede brauchte. Irgendwelche Entscheidungen sollen bei die Gelegenheit nicht gefallen sein, da Laval sein Kabinett zunächst dem Parlament vorstellen will, ehe die Regierung Beschlüsse in Bezug auf die Lausanner Konferenz zu fassen gedenkt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Frankreich gegen Lausanne

Paris, 17. Jan. Die Frage einer Verschiebung der Konferenz von Lausanne wird von der Presse weiter erörtert. „Journal" erklärt, es habe aus offiziöser Quelle erfahren, daß **Frankreich eine Verschiebung der Konferenz um fünf oder sechs Monate vorgeschlagen habe.** Das Blatt behauptet, Deutschland, Italien und England erwägten eine Verständigung auf der Grundlage dieses Vorschlages, fügt aber hinzu, **dringe der englisch-italienische Vorschlag, die Konferenz zum festgesetzten Zeitpunkt abzuhalten durch, dann würden die Beratungen nicht länger als vier oder fünf Tage dauern.** Die Delegierten würden sich damit begnügen, die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen zur Kenntnis zu nehmen und eine neue Besprechung für dieses Jahr zu verabreden. Gleichzeitig würde man in einer gemeinsamen Note an die amerikanische Regierung **eine weitere Verlängerung des Hoovermoratoriums um 6 Monate vorschlagen,** sodaß also die zweite Reparationskonferenz nach den Wahlen in Frankreich und in Preußen stattfinden würde. Der „Matin" nimmt dieselbe Haltung ein.

*

Doch Verschiebung von Lausanne?

T.U. **Paris**, 16. Jan. Die „Liberte" behauptet am Samstag abend, daß man jetzt fest mit einer Verschiebung der Lausanner Konferenz auf unbestimmte Zeit rechnen dürfe. In kurzer Zeit würde die Verschiebung zur Tatsache werden. Auch das „Journal des Debats" will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß zwischen den verschiedenen Regierungen Verhandlungen über die Verschiebung der Reparationskonferenz im Gange seien. Das Blatt fügt hinzu, daß die Besprechungen, die Ministerpräsident Laval mit den Botschaftern Englands, Deutschlands und Amerikas, sowie mit Finanzminister Flandin und dem Generalsekretär Berthelot führte, nur dieser Frage gegolten hätten.

Von amtlicher französischer Seite war zu diesen Gerüchten vorläufig nichts zu erfahren.

Die Pariser Presse über die Verschiebung der Konferenz von Lausanne

T.U. **Paris**, 17. Jan. In der großen Pariser Informationspresse kommt der Wunsch nach einer Verschiebung der Lausanner Konferenz immer deutlicher zum Ausdruck. Man möchte es jedoch vermeiden, daß der Anstoß hierzu von Frankreich ausgeht, um nicht einer Boykottierung der Konferenz beschuldigt zu werden. Für eine Verschiebung werden die verschiedensten Gründe in den Vordergrund geschoben. Man legt hierbei besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer vorherigen Verständigung unter den Gläubigermächten, die noch sehr weit von der Verwirklichung entfernt ist.

Das „Journal" spricht von einem amtlichen französischen Schritt bei den beteiligten Regierungen zur Verschiebung der Konferenz um fünf bis sechs Monate. Es habe den Anschein, als ob dieser Antrag allgemein angenommen werde. Unter diesen Umständen werde die Lausanner Konferenz zwar zum festgesetzten Zeitpunkt eröffnet werden, aber nicht länger als vier bis fünf Tage dauern. Die Sachverständigen würden lediglich Kenntnis von den vorbereitenden Arbeiten nehmen und dann noch im Laufe des Jahres eine neue Konferenz abhalten. Außerdem sei beabsichtigt, daß die in Lausanne vertretenen Mächte in einer gemeinsamen Note der amerikanischen Regierung den Vorschlag machen sollten, das Moratorium um weitere sechs Monate zu verlängern. Diese Maßnahme würde es erlauben, die Lausanner Konferenz bis nach den französischen und deutschen Wahlen hinauszuschieben. Die Verschiebung müsse benutzt werden, eine Gegenoffensive vorzubereiten.

Das „Echo de Paris" glaubt zu wissen, daß sich die französische Regierung bereits für die Verschiebung entschlossen und dies dem amerikanischen und englischen Botschafter in Paris mitgeteilt habe.

*

Englische Pressestimmen zur Tributkonferenz

T.U. **London**, 17. Jan. Der diplomatische Korrespondent des „Observer" glaubt melden zu können, daß tatsächlich ein Einvernehmen zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland aufgrund der vorangegangenen Verhandlungen über Lausanne erzielt worden sei, steht aber mit dieser Meldung allein. So meldet ein Sonderkorrespondent der „Sunday Times" aus Paris, daß die Aussichten einer englisch-französischen Einigung keineswegs sehr hoffnungsvoll seien. Die englische Regierung bestehe angeblich auf einer vollständigen Einstellung der deutschen Zahlungen, einschließlich derjenigen, die seit dem 1. Juli in Kraft gewesen seien. Die französische Regierung dagegen wolle dem nicht zustimmen. Auch andere Presseäußerungen betonen, daß noch keine französische Antwort vorliege. Allgemein bringt aber die Presse zum Ausdruck, daß die englische Regierung, die nach wie vor am 25. Januar festhalte, auf eine zufriedenstellende Einigung mit Frankreich hoffe.

*

Ein neuer Mussolini-Artikel

„Nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Abrüstung muß kommen!"

T.U. **London**, 17. Jan. In einem ausschließlich im „Sunday Dispatch" erscheinenden Artikel beschäftigt sich Mussolini mit der Wirtschaftskrise und den Möglichkeiten zu ihrer Behebung.

Die Weltkrise, so schreibt der italienische Ministerpräsident, habe nun denjenigen Punkt erreicht, wo die schnellsten und wirksamsten Heilmittel nötig seien. Halbe Maßnahmen hätten keinen Zweck mehr. Die Entschlüsse müßten rasch gefaßt werden und es dürfe keinerlei Verschiebung mehr zugelassen werden. Der Welthandel befinde sich jetzt in einer Zwangsjacke. Ueberall seien hohe Zollmauern aufgerichtet; kein Land wolle mehr Waren hereinlassen, aber soviel als möglich ausführen. Dazu komme die Frage der Kriegsschulden und Tribute. Frankreich und Amerika seien im Besitz von 75 v. H. des Goldes. Wie könne man erwarten, so sagt Mussolini, daß die Staaten ihre Schulden bezahlen, wenn sie die Zahlungen nur in Gold leisten dürfen, das sie nicht besitzen. In Waren zu bezahlen, sei auch unmöglich, weil die Zollmauern ihrer Gläubigernationen so hoch seien, daß keine Waren die Grenzen überschreiten können. Seit einigen Monaten sei die Welt in einen wirtschaftlichen Kriegszustand getreten. Wie bei Ausbruch eines Krieges diplomatische Verträge, so habe man jetzt Handelsverträge zerrissen. Schon hätten Spanien und Frankreich ihre Handelsverträge mit Italien gekündigt und die Schweiz habe ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland abgebrochen. In Kürze werde dieser wirtschaftliche Kriegszustand in der ganzen Welt verbreitet sein. Es sei nichts anderes als eine Rückkehr zu den befestigten Städten des Mittelalters.

Die Zeit sei nun gekommen, so stellt der italienische Ministerpräsident schließlich fest, daß die Staatsmänner zusammenkommen und den Wirtschaftskrieg beendigen. Besonders die Goldfrage müsse dringlich behandelt werden. Denn eine wirkliche Lösung der Wirtschaftskrise sei nicht möglich, so lange Frankreich und Amerika das Goldmonopol hätten. Alle Zollmauern müßten heruntergesetzt werden, damit der Welthandel wieder in Schwung komme und die Staaten ihre Zahlungen in Waren leisten könnten.

Auch Bulgarien kann nicht mehr zahlen

Sofia, 17. Jan. Der bulgarische Ministerpräsident **Muschanoff**, der in den letzten Tagen vor seiner heutigen Abreise nach Genf die Vertreter der Großmächte und der Kleinen Entente empfing, die sich über die zukünftige bulgarische Politik erkundigten, bestätigte, daß **die ernste wirtschaftliche Lage Bulgariens weitgehende Erleichterungen seiner ausländischen staatlichen Verpflichtungen verlange.** Bulgarien rechne bestimmt damit, daß es in Genf solche Erleichterungen erhalten werde. Die durch Tributzahlungen und den Zinsendienst auswärtiger Anleihen entstehenden Devisenabgänge könne Bulgarien in Zukunft nicht aushalten. Bulgarien sei ein ehrlicher Zahler, stehe jedoch an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit.

Auf die Frage, was Bulgarien bei einer Ablehnung seines Gesuchs unternehmen würde, erklärte Muschanoff, daß dann von selbst die notwendigen Folgerungen gezogen werden müßten. Brünings Erklärungen bezeichnete Muschanoff als Geste eines großen Landes. Bulgarien sei an der Erhaltung der deutschen Arbeitskraft interessiert, da Deutschland Bulgariens bester Agrarkunde sei.

Die Abrüstungskonferenz

Die deutsche Abordnung für die Abrüstungskonferenz

Berlin, 16. Jan. Nachdem kürzlich **Botschafter Nadolny** zum **Führer der deutschen Delegation** zur Abrüstungskonferenz für die Zeit, während der der Reichskanzler oder sonstige Kabinettsmitglieder nicht persönlich in Genf anwesend sein werden, und Botschafter Graf **Welczek** zu seinem Stellvertreter bestimmt worden ist, sind nunmehr zu Delegierten Staatssekretär z. D. Frhr. v. **Rheinbaben**, Unterstaatssekretär a. D. v. **Möllendorff** und der Gesandten **Göppert** und Frhr. v. **Weizsäcker** ernannt worden. Die Delegation werden ferner als militärische Sachverständige Generalleutnant v. **Blomberg** und Generalmajor **Schönheinz**, sowie als Sachverständiger für die Marinefragen Vizeadmiral Frhr. v. **Freyberg** angehören. Generalsekretär der Delegation ist Geheimrat **Frohwein** vom Auswärtigen Amt. Außerdem wird die Delegation noch eine beschränkte Anzahl von Sachbearbeitern des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums sowie nach Bedarf anderer Ressorts umfassen. Die Zahl der Delegationsmitglieder beläuft sich auf 19.

*

Die französische Delegation zur Abrüstungskonferenz

Paris, 17. Jan. Wie das „Journal" berichtet, steht die Zusammensetzung der französischen Delegation für die Abrüstungskonferenz endgültig fest. Die Abordnung wird vom **Kriegsminister Tardieu** geführt werden. Ihr gehören außerdem an der Marineminister und der Luftfahrtminister, sowie als technische Delegierte Senator Paul-Boncour und Abgeordneter Oberst Fabry.

Chinas und Japans Antwort auf Stimsons Note

Washington, 17. Jan. Die **chinesische Regierung** antwortete auf die letzte Note des Staatssekretärs Stimson, China habe nicht die Absicht, irgend einen Vertrag abzuschließen oder eine Vereinbarung zu treffen, die im Widerspruch zu internationalen Verträgen stehen würde. Die chinesische Regierung wendet sich ferner gegen die vertragswidrigen Handlungen der Japaner, sowie gegen die Verletzung des Völkerbundspaktes, des Neunmächtevertrages und des Kelloggpaktes durch sie.

Das amerikanische Staatsdepartement erhielt auch Japans Antwort. In amtlichen Kreisen werden die Erwiderungen beider Länder als befriedigend angesehen.

*

Japans Antwort an Amerika

Tokio, 16. Jan. Die Antwort Japans auf die Note der Vereinigten Staaten über die Anwendung des Neunmächte-Abkommens auf die Lage in der Mandschurei wurde heute vormittag dem amerikanischen Botschafter übergeben. Japan bekennt sich darin erneut zur Politik der offenen Tür in der Mandschurei und bedauert, daß es durch die in ganz China herrschende Desorganisation ernstlich in Mitleidenschaft geworden worden sei.

Die Kirche zur Weltwirtschaftskrise

Berlin, 16. Jan. Die Präsidenten des Oekumenischen Rates für praktisches Christentum, der die evangelischen Kirchen, die Anglikanische Kirche und die orthodoxen Kirchen der ganzen Welt umfassen, erlassen soeben einen **Aufruf zur Weltwirtschaftskrise**. Es wird darin der großen Sorge Ausdruck gegeben über den allgemeinen Niedergang des wirtschaftlichen Lebens, den sich immer mehr verschärfenden Kampf breiter Massen um das tägliche Brot und das Herabsinken ganzer Völker von mühsam erreichten Höhen ihrer Lebenshaltung.

Die Kirchen anerkennen mit tiefem Dank alle Arbeit zur Milderung dieser Not. Es sei indessen zu befürchten, daß die lang andauernde wirtschaftliche Not die Möglichkeit wirksamer Hilfe zerstöre.

Der Aufruf stellt fest, daß die Bemühungen zu umfassenden Lösungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu kommen, durch die mangelnde Sicherheit und Klarheit der politischen Lage zur Unwirksamkeit verurteilt sind. Daher werde die wirtschaftliche Zukunft entscheidend bestimmt von den Maßnahmen, die auf politischem Gebiet zu treffen. „Aus dieser Erkenntnis", so heißt es, **„mahnen die Kirchen die Staatsmänner der Welt erneut an die ungeheure Verantwortung, die angesichts dieser Lage auf ihnen ruht, vor allem auch im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungsverhandlungen.** Seit den Tagen des Krieges war die Gefahr, daß der Rest einer in Jahrhunderten gewachsenen Solidarität der Völker verloren gehe, nie so groß, wie jetzt. Die Kirchen rufen daher alle Kreise und insbesondere alle Christen dazu auf, alles für die Bekämpfung dieser Gefahr einzusetzen.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[7

„Liebe kleine Elme, mein Neffe würde sich sehr freuen, Sie noch an diesem Tage bei uns begrüßen zu können. Er lebt sonst sehr zurückgezogen, aber zu meinem Geburtstage kommt er bestimmt; das läßt er sich nicht nehmen, zumal es seit langen Jahren das erste Mal ist, daß er mir seine Wünsche persönlich überbringen kann", sagte Frau von Löwenried an einem der gemütlichen Abende, an denen man in ihrem Wohnzimmer beisammen saß.

Elme sagte bescheiden:

„Ich weiß gar nicht, womit ich soviel freundliches Entgegenkommen verdiene, gnädige Frau."

„Das ist ganz in der Ordnung, daß alle Menschen recht freundlich zu Ihnen sind, Kindchen. Lange genug waren Sie einsam."

Das junge Mädchen senkte den blonden Kopf und das wunderbare Haar leuchtete rotgolden auf.

Die Geheimrätin seufzte ein ganz klein wenig, während ihr Blick ihre eigenen Töchter streifte. Sie waren beide nette, liebe Mädels, hatten etwas gelernt und würden einst tüchtige Hausfrauen abgeben können; aber neben Elme von Dörrings rassiger, eigenartiger Schönheit wirkten sie doch recht unbedeutend. Nun, das ließ sich nicht ändern. Neid und Haß waren im Hause Löwenried unbekannte Dinge.

Und so kam es, daß ein Tag so angenehm verging wie der andere, und Elme dachte mit Bedauern daran, daß nun bald die Stunde des Abschieds gekommen war. Sie hatte sich hier so wohlgefühlt und es fiel ihr schwer aufs Herz, daß sie nun wieder einsam und allein im Efeuhause sein würde.

In ihre trüben Gedanken hinein klang die Stimme der Frau von Löwenried:

„Ich habe mir in den letzten Tagen so oft überlegt, was Sie wohl allein im Efeuhause sollen. Bleiben Sie doch bei uns, Elme. Es ist einfach Sünde, Sie in die Verbannung zurückzuschicken. Und dann — es geht doch auch gar nicht, daß Sie immer allein dort wohnen. Sie müßten dann eine Dame zu Ihrem Schutz engagieren, und das würde natürlich etwas zu teuer werden. Nehmen wir aber einen Teil Ihrer Rente mit hier zum Haushalt, so kann man viel rationeller damit wirtschaften, und es bleibt immer noch etwas für die beiden Getreuen im Efeuhause übrig, die dann ruhig weiter dort auf Ordnung sehen könnten. Nun, wie denken Sie denn darüber?"

Elme blickte auf die mütterliche Freundin. Ihre Augen füllten sich mit Tränen.

„Das ist zu viel, ich darf es nicht annehmen", sagte sie endlich.

„Weshalb nicht? Es ist nur Egoismus von uns. Schließlich haben wir doch durch Sie einen Anziehungspunkt. Na, nun wird das Kind rot. Es ist aber wirklich so. Nun, bleiben wir hier?"

Voll Dankbarkeit stürzte Elme vor der gütigen Frau nieder. Die lächelte nur und strich über das schimmernde Haar. Dabei lag ein eigenes Lächeln um ihren Mund.

Da Elme durch ihre feingeistige Mutter eine gute Erziehung genossen hatte und auch späterhin noch in dem berühmten Pensionat von Madame Raonne in Genf gewesen war, lebte sie sich auch überraschend gut in der Gesellschaft ein.

Und dann kam der Geburtstag der Geheimrätin. Elme, in einem schlichten schwarzseidenen Kleide, lehnte an einer Säule und sah mit Erstaunen, daß eine gewisse Spannung über der kleinen Gesellschaft lag. Man erwartete noch einen Gast: Den Neffen der Frau von Löwenried.

Und dann kam er! Groß, breitschultrig, mit tief gebräuntem Gesicht und dunklem, schlicht zurückgekämmtem Haar. Die machtvollen Augen blickten durchdringend, und Elme, die fast atemlos auf ihn gesehen, stellte schon in dieser ersten Minute fest, daß es schwer sein müsse, diesem Manne die Unwahrheit zu sagen.

Frau von Löwenried faßte lächelnd seine Hand:

„Mein Neffe Dietrich von Rheinsbergh, der Weltenbummler, ist zurückgekehrt und freut sich herzlich, die Herrschaften alle zusammen begrüßen zu können."

Rheinsbergh verneigte sich tief. Er sprach ein paar Worte, und Elme hörte eine tiefe, klangvolle Stimme. Mit unnatürlich weit geöffneten Augen blickte Elme auf den Mann dort drüben. Das war Dietrich von Rheinsbergh, der Neffe Frau von Löwenrieds? Und er war zugleich der Mann, der die Dörrings arm gemacht hatte?

Rheinsbergh trat nun auf sie zu. In seinen dunklen Augen leuchtete etwas Rätselhaftes. Groß und forschend ruhte sein Blick auf ihr.

„Gestatten gnädiges Fräulein, daß ich Ihnen die Hand küsse? Ich habe Sie schon gekannt, als Sie noch mit Puppen spielten und ich mir nicht gewagt hätte, ohne Näschereien nach Werdenberg zu kommen, um mir nicht Ihren Zorn zuzuziehen."

Ein leichter Humor klang durch seine Stimme; dennoch entging es Elme nicht, daß irgend etwas in dieser Minute ihn innerlich stark erschütterte. Das Mädchen senkte den Blick nicht vor dem seinen. Ihr stolzes, weißes Gesicht war zu ihm erhoben.

„Ich bin eine Dörring, und ich wüßte nicht, was Ihnen das Recht gibt, in mir Erinnerungen wecken zu wollen."

Seine machtvollen Augen blickten in die ihren; seine Stimme klang kurz und befehlend:

„Launen, kleines Mädchen? Wie dumm! Sie machten mir einen solch vernünftigen Eindruck."

Die zierliche Elme richtete sich stolz auf:

„Mag sein, ich bin aber nicht vernünftig genug, in Ihnen einen Freund sehen zu wollen."

Er sagte nichts mehr, betrachtete sie schweigend eine ganze Weile und verneigte sich dann wieder:

„Wie Sie wünschen, Fräulein von Dörring!"

Eine Palme breitete ihre Zweige über eine geschmackvoll eingerichtete Nische. Und Elme war es plötzlich, als stehe unter der Palme ihre verstorbene Mutter und sähe vorwurfsvoll zu ihr herüber.

(Fortsetzung folgt.)